TAGUNGSBERICHT zum Thema Öffentlichkeitsarbeit

VOM 23. - 25. MÄRZ 1988
IM
HOTEL "ZUR LICHTEN AUE"
/HESS.-LICHTENAU

IbS-Kassel

INTERESSENGEMEINSCHAFT BEHINDERTER STUDENT(INN)EN AN DER GHK

I M P R E S S U M

Herausgeber: Interessengemeinschaft behinderter StudentInnen
an der Gesamthochschule Kassel
c/o AStA der GhK
Nora-Platiel-Str. 1
3500 Kassel
Tel. 05 61 / 8 04 - 28 87

V.i.S.d.P: Ottmar Paul
Namentlich gekennzeichnete Artikel werden presserechtlich von den AutorInnen vertreten

Fotos: Christoph Rill

Layout: Jörg Fretter

Kassel, August 1988

Titelkarikatur aus: A. Mayer, J. Rütter
Abschied vom Heim, ag spak
München 1988, S. 139

HINWEIS:

Diese Broschüre wurde auf Toncassette aufgelesen. Diese und die Schwarzschriftversion können beim Herausgeber kostenlos angefordert werden.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung 2
Einleitung 3
Begrüßung: Petra Kiss, Interessengemeinschaft Kassel 4
Tagungsprogramm 5
Berichte der Interessenvertretungen 6
1. Tübingen 6
2. Münster 6
3. Dortmund 7
4. BHSA 9
5. Frankfurt 10
6. Giessen 11
7. Regensburg 12
8. Hamburg 13
9. Erlangen 14
10. Essen 15
11. Kassel 17
12. Marburg 19
13. Bundesarbeitsgemeinschaft zur Literaturbeschaffung für sehgeschädigte Studierende 19

2. Bundes-Aktionstag behinderter Studierender 21
- Weshalb ein gemeinsamer Aktionstag? 21
- Koordination und Pressearbeit 22
- Motto des Aktionstages 23
- Bundesweites Plakat 23

Wie kann eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit aussehen? Referent: Oliver Tolmein, die Tageszeitung, Bonn 24

Geschichte und öffentlichkeitswirksame Aktionen der bundesdeutschen Behindertenbewegung: Referenten: Sille Boll und Peter Günter, Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen 28

Weitere Zusammenarbeit der Interessenvertretungen 38

Tagungskritik 39

V O R B E M E R K U N G

Die Interessengemeinschaft behinderter StudentInnen Kassel hat mit der Organisation und Durchführung des im Folgenden dokumentierten Erfahrungsaustausches für MitarbeiterInnen von Interessenvertretungen behinderter Studierender Neuland betreten und viele neue Erfahrungen gesammelt, die sicherlich nicht so positiv ausgefallen wären, wenn uns dabei nicht kräftig unter die Arme gegriffen worden wäre.

Deshalb möchten wir uns zu allererst bei den TeilnehmerInnen des Erfahrungsaustausches für ihre aktive Mitarbeit während der Tagung bedanken, die erheblich zu der guten Atmosphäre und dem Gelingen beigetragen hat.

Desweiteren möchten wir uns beim Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft für die finanzielle Unterstützung recht herzlich bedanken. In gleichem Maße gilt unser Dank dem Autonomen Behindertenreferat im AStA der GhK, dem AStA der GhK, dem Studentenwerk Kassel, Marlies Biersch vom Studentenwerk Berlin und all denjenigen, die zum Gelingen dieser Tagung beigetragen haben, hier aber nicht namentlich aufgeführt werden können.

Ottmar Paul
- für die Interessengemeinschaft behinderter StudentInnen Kassel-

E I N L E I T U N G

Dieser Erfahrungsaustausch stellte in doppeltem Sinne eine Premiere dar. Zum Einen war dies die 1. Tagung, die die Ibs Kassel organisierte und durchführte und zum Anderen war dies der 1. Erfahrungsaustausch speziell für MitarbeiterInnen von Interessenvertretungen behinderter Studierender.

Wir, von der Interessengemeinschaft behinderter StudentInnen an der Gesamthochschule Kassel, die eine noch sehr junge Interessenvertretung darstellt, haben in der Vergangenheit immer wieder gemerkt, wie wichtig die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch mit anderen Interessenvertretungen für unsere Arbeit vor Ort ist. Wir erhielten dadurch viele Anregungen, die uns in unserem Kampf für bessere Lebens- und Studienbedingungen für behinderte Studierende voranbrachten. Nicht zuletzt veranlaßten uns die positiven Erfahrungen, die wir während der Durchführung des 1. bundesweiten Aktionstages behinderter Studierender mit der überregionalen Zusammenarbeit der Interessenvertretungen machten, uns dem Streß auszusetzen und diese Tagung zu organisieren.

Die ca. 25 Organisationen, die gegenwärtig die Interessen behinderter Studierender in der BRD vertreten, stoßen in ihrer täglichen Arbeit oft auf ähnliche Schwierigkeiten. Unzugängliche Gebäude, fehlende Hilfsmittel für Sehgeschädigte und Hörbehinderte und Personalnot ziehen sich wie ein roter Faden durch die Schilderungen der einzelnen Interessenvertreter.

Diesen und vielen anderen Schwierigkeiten, die behinderte Studierende in der BRD vorfinden, mit vereinten Kräften entgegenzutreten, so daß endlich Schluß mit den diskriminierenden Verhältnissen, die behinderte Studierende an den bundesdeutschen Universitäten vorfinden, gemacht wird, ist unser Hauptanliegen.

B E G R Ü S S U N G

Petra Kiss von der Interessengemeinschaft behinderter StudentInnen Kassel begrüßte die TeilnehmerInnen im Namen der Interessengemeinschaft und des Deutschen Vereins der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf (DVBS) und bedankte sich bei den TeilnehmerInnen, daß es diesen trotz des kurzfristig angesetzten Termins möglich war, so zahlreich zu erscheinen.

Im Anschluß an die Begrüßung wurde folgende Tagesordnung nach kurzer Diskussion einstimmig verabschiedet:

TAGUNGSPROGRAMM

Mittwoch 23.03.1988

16.00 Uhr	Anreise der TeilnehmerInnen
18.00 Uhr	Abendessen
20.00 Uhr	Begrüßung durch Petra Kiss von der Ibs Kassel Vorstellung der TeilnehmerInnen, sowie des organisatorischen und inhaltlichen Ablaufs

Donnerstag 24.03.1988

8.30 Uhr	Frühstück
9.30 Uhr	Detailierter Überblick über die Situation für behinderte Studierende an den einzelnen Universitäten, die Arbeit der einzelnen Interessenvertetungen, sowie deren Schwierigkeiten
12.00 Uhr	Mittagessen
13.30 Uhr	Bundes-Aktionstag behinderter StudentInnen - Vorstellung der Vorhaben der Interessenvertretungen - Diskussion eines bundesweiten Plakates - Wer übernimmt was (Koordination) - Evtl. Planung einer zentralen Protestaktion
16.00 Uhr	Referat: Wie kann eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit aussehen? Oliver Tolmein - die Tageszeitung - Redaktion Bonn mit anschließender Diskussion
18.00 Uhr	Abendessen
20.00 Uhr	Referat: Geschichte und öffentlichkeitswirksame Aktionen der bundesdeutschen Behindertenbewegung von Sille Boll und Peter Günter, Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen

Freitag 25.03.1988

8.30 Uhr	Frühstück
9.30 Uhr	Diskussion der bundesweiten Presseerklärung für den Aktionstag, weitere Zusammenarbeit, Tagungskritik
12.00 Uhr	Mittagessen
13.30 Uhr	Fortsetzung vom Vormittag und Abreise

BERICHTE DER INTERESSENVERTRETUNGEN

1. Tübingen

In Tübingen existiert zur Zeit noch keine Interessengemeinschaft behinderter StudentInnen. Einige behinderte Studierende engagieren sich jedoch im CeBeeF (Club Behinderter und ihrer Freunde) Tübingen für eine Verbesserung der Infrastruktur für Behinderte in der Stadt. Im Rahmen dieser Tätigkeit setzen sich die StudentInnen auch mit den baulichen Unzulänglichkeiten an der Tübinger Universität auseinander, denn gerade auf diesem Gebiet weist die Uni erhebliche Mängel auf.

Ca. 95 % der Gebäude der Tübinger Universität sind nicht rollstuhlzugänglich. Das Büro der Behindertenberatung befindet sich im 2. Stock eines Gebäudes, das keinen Aufzug hat und somit für Gehbehinderte nur schwer oder überhaupt nciht erreichbar ist. In die Mensa können RollstuhlfahrerInnen nur über einen langen Weg, der zudem noch durch die Küche führt, gelangen. Desweiteren wurden in Tübingen nochkeine Orientierungshilfen für Sehbehinderte und Blinde angebracht und keine Beschriftung der Türschilder in Blindenschrift vorgenommen. Für hörbehinderte Personen bietet die Uni Tübingen keinerlei Hilfen an.

Zur Zeit beschäftigt die Universität einen Zivildienstleistenden, der Texte für Sehgeschädigte auf Cassette liest, beim Kopieren und beim Heraussuchen der Literatur behilflich ist. Oft fällt jedoch sehr viel Arbeit an, so daß der ZDL überlastet ist und es zu Engpässen kommt.

2. Münster

In Münster setzt sich das Autonome Behindertenreferat im AStA der Universität aktiv für eine Verbesserung der Studienbedingungen für behinderte Studierende ein. Zur Zeit bilden die Beratung behinderter Studierender, wobei das Behindertenreferat auch mit dem ambulanten Hilfsdienst in Münster zusammenarbeitet, und die Öffentlichkeitsarbeit die Arbeitsschwerpunkte.

In Sachen Öffentlichkeitsarbeit hatte das Autonome Behindertenreferat während des 1. bundesweiten Aktionstages behinderter Studierender bereits gute Erfolge. Über eine Demonstration durch die Stadt und einen Informationsstand berichteten die Medien ausführlich, konkrete Verbesserungen an der Uni lassen jedoch auf sich warten.

Die Gebäude der Universität in Münster weisen, ähnlich wie in Tübingen, nach wie vor erhebliche bauliche Mängel, besonders für RollstuhlbenutzerInnen, auf. Die Büroräume des AStA's befinden sich beispielsweise in einem Gebäude, das nur über Stufen betreten bzw. berollt werden kann. Der Bau der Rampe läßt immer noch auf sich warten. Bei anderen Verbesserungen, wie dem Einbau von Aufzügen, konnte das Referat bisher nur wenig Erfolge erzielen, da derartige Projekte in Münster gerne auf die lange Bank geschoben werden. Die Beseitigung einer Fahrradsperre, die RollstuhlbenutzerInnen den Weg versperrte, wurde beispielsweise erst nach einem Jahr, nachdem das Behindertenreferat auf diesen Mißstand aufmerksam gemacht hatte und die Beseitigung der Barriere forderte, vorgenommen.

Eine weitere Schwierigkeit stellt die unzureichende Unterstützung der Arbeit des Behindertenreferates durch den AStA und die einzelnen Hochschulgruppen, aber auch von seiten der behinderten Studierenden, dar, von denen nur wenige bereit sind, aktiv für ihre Interessen einzutreten. Als Problem erwies es sich ebenfalls, daß das Autonome Behindertenreferat keine schriftlich fixierte Satzung hatte. Zudem ist in der täglichen Arbeit in der Regel zu wenig Zeit vorhanden, um ausführlich über genaue Vorgehensweisen bei einzelnen Punkten zu diskutieren.

3. Dortmund

Die Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter Studenten Dortmund (Ibs) besteht mittlerweile seit 10 Jahren und arbeitet eng mit dem Beratungsdienst für behinderte Studierende und dem Autonomen Behindertenreferat im AStA der Universität Dortmund zusammen.

Während sich das Autonome Behindertenreferat zur Zeit schwerpunktmäsig für die Einrichtung eines Arbeitsplatzes für Sehgeschädigte einsetzt, bilden die Themen Literaturbeschaffung für sehgeschädigte Studierende, zu dem bereits mehrere Tagungen durchgeführt wurden, und Studienfinanzierung z. Zt. die Arbeitsschwerpunkte der Ibs. Darüberhinaus ist nun wieder eine stärkere Auseinandersetzung mit der baulichen Situation an der Uni Dortmund geplant, da es auf diesem Gebiet auch in Dortmund noch erhebliche Mängel gibt.

Ganze Gebüude und Gebäudeteile sind für RollstuhlbenutzerInnen unzugänglich. Bei Neu- und Umbaumaßnahmen wurden die DIN-Normen nicht eingehalten, wie z. B. beim Bau des neuen Sportgebäudes und beim neuen Maschinenbaugebäude, bei denen kein Aufzug eingebaut wurde. Dies liegt mit daran, daß die Ibs oft bei Baubegehungen überhaupt nicht hinzugezogen oder erst sehr spät über deren Termin informiert wird. Die Ibs hat mittlerweile eine Liste erstellt, welche baulichen Nachrüstungen auf dem Unigelände notwendig sind und erste Priorität haben müssen, sie hat jedoch den Eindruck, daß sich die Uni nicht an diese Liste hält.

Weitere Schwierigkeiten, die sich für behinderte Studierende in Dortmund ergeben, beruhen auf der Tatsache

- daß kaum Orientierungshilfen für Sehgeschädigte vorhanden sind,
- daß es nur wenig sehgeschädigtenspezifisch aufbereitete Literatur in der Universitätsbibliothek gibt,
- daß in der Mensa keine Schonkost angeboten wird,
- daß es keinen offiziellen Beauftragten für Behindertenfragen an der Uni gibt,
- daß für Hörbehinderte keine Hilfen vorhanden sind, was zur Folge hat, daß in Dortmund nur sehr wenig Hörbehinderte studieren und
- daß der Beratungsdienst für behinderte Studierende als Institution nicht abgesichert ist, da keine Dauerstelle, sondern nur eine zeitlich begrenzte Stelle zur Verfügung gestellt wurde.

Ebenso wie andere Interessengemeinschaften behinderter Studierender hat auch die Ibs Dortmund Schwierigkeiten neue Aktive für die Gruppe zu finden. Obwohl sich die Mitglieder viel Mühe geben, Zusammenhänge ausführlich zu erklären, kommen Interessierte oft nur 1 - 2 mal zu den Sitzungen.

Die Ibs Dortmund hat sich am 1. bundesweiten Aktionstag behinderter Studierender mit einer Flugblattaktion beteiligt, während der Flugblätter in Blindenschrift verteilt wurden, um auf die Schwierigkeiten, die sehgeschädigte Studierende bei der Literaturbeschaffung haben, hinzuweisen. Das Echo in der Presse war damals sehr gut und reichte von Berichten im Kabelfernsehen, über den WDR, bis zur örtlichen Presse, wobei die Berichterstattung, von Kleinigkeiten abgesehen, gut war.

4. Bundesarbeitsgemeinschaft Hörbehinderter Studenten und Absolventen (BHSA)

Da die BHSA es nicht als sinnvoll erachtet, als Bundesverband schwerpunktmässig an einer Universität zu arbeiten, fordert diese ihre Mitglieder auf, sich in den einzelnen Ortsgruppen oder Landesarbeitsgemeinschaften Hörbehinderter Studenten und Absolventen (LHSA) zu engagieren.

Dementsprechend sind die derzeitigen Aktivitäten der BHSA auch nicht auf einzelne Universitäten bezogen. Die BHSA führt regelmässige Einführungsseminare für hörbehinderte Studierende und an einem Studium Interessierte durch, während denen u.a. auf technische Hilfsmittel und rechtliche Möglichkeiten, die die Organisation des Studiums erleichtern können, hingewiesen wird.

Die Erstellung einer internationalen Vergleichsstudie über die Situation hörbehinderter Studierender, wobei Erfahrungen aus anderen Ländern wie den USA, Schweden und Großbritanien ausgewertet werden sollen, bildet einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der BHSA. In diesem Zusammenhang plant die BHSA für das Frühjahr 1989 eine Studienfahrt in die USA. Im Mai d.J. findet eine Tagung der BHSA statt, während der u.a. über die geplante Gesundheitsstrukturreform und die Auswirkungen, die diese für hörbehinderte Studierende mit sich bringt, diskutiert werden soll.

Finanzierungsschwierigkeiten und Personalnot stellen die Hauptprobleme der BHSA dar. Bemängelt wurde jedoch auch, daß die BHSA

in der Diskussion um die Errichtung von speziellen Studiengängen für hörbehinderte Studierende als Organisation von Betroffenen übergangen wird, obwohl die Zuständigen über die Existenz der BHSA und deren Interesse an diesem Thema informiert sind.

Das Hauptproblem, das hörbehinderten Studierenden das Studium an bundesdeutschen Universitäten erschwert, besteht darin, daß technische (Mikroportanlagen, Overheadprojektoren) und personelle Hilfen (Gebärdendolmetscher, Studienhelfer) in der Regel nicht zur Verfügung gestellt werden, so daß der Kommunikationsfluß meistens nicht sichergestellt ist.

Desweiteren setzt sich die BHSA dafür ein, daß die Tätigkeit des Gebärdendolmetschers endlich als anerkannter Beruf eingestuft wird, so daß verstärkt Gebärdendolmetscher ausgebildet werden können und von den verschiedenen Institutionen auch beschäftigt werden.

5. Frankfurt

In der Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter StudentInnen Frankfurt engagieren sich Zur Zeit ca. 15 behinderte Studierende. In Frankfurt wird die Arbeit der Ibs wesentlich dadurch erleichtert, daß es an der Uni Frankfurt 2 Beauftragte für Behindertenfragen gibt, die sich die Zuständigkeiten untereinander aufteilen.

Obwohl die Universität für RollstuhlfahrerInnen weitgehend zugänglich ist, gibt es viele Kleinigkeiten auf dem baulichen Sektor, die verbesserungsbedürftig sind. Für hörbehinderte Studierende existieren an der Uni Frankfurt kaum Hilfen. Es soll jedoch eine Mikroportanlage beschafft werden, die allerdings nicht von der Uni Frankfurt, sondern vom Freundeskreis der Universität Frankfurt finanziert wird.

Schwierigkeiten im Umgang mit Kommilitonen und deren Rücksichtslosigkeit stehen im Moment im Vordergrund der Arbeit der Ibs, so daß zu diesem Thema auch eine öffentlichkeitswirksame Aktion während des 2. Bundes-Aktionstages behinderter Studierender durchgeführt

werden soll.

6. Giessen

Die Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter StudentInnen Giessen, in der Geh-, Seh- und Hörbehinderte mitarbeiten, besteht mittlerweile seit 1 1/2 Jahren. Aufgrund der Tatsache, daß ein Mitglied der Ibs auch im AStA der Uni Giessen mitarbeitet, bestehen zu diesem gute Kontakte. Demgegenüber erfährt die Ibs durch den Beauftragten für Behindertenfragen, der sich kaum für die Belange Behinderter einsetzt, keine Unterstützung.

Die Ibs hat in Zusammenarbeit mit einer Studienberaterin einen Fragebogen erstellt, durch den ermittelt werden sollte, welche Schwierigkeiten behinderte Studierende in Giessen bei der Absolvierung ihres Studiums haben.

Auf dessen Ergebnisse aufbauend erarbeitete die Ibs einen Forderungskatalog, durch dessen Realisierung die größten Mängel beseitigt werden könnten, die sich in Giessen folgendermassen darstellen:

- Rampen und Aufzüge fehlen, so daß ganze Teile der Universität, wie das Philosophikum, nicht zugänglich sind,
- der Weg zur Universität führt über einen Waldweg, was für Gehbehinderte und Sehgeschädigte besonders bei Regen und im Winter große Probleme mit sich bringt,
- Orientierungshilfen für Sehgeschädigte fehlen,
- in der ganzen Universität sind nur 2 Behindertentoiletten vorhanden,
- es steht keine Hilfskraft zur Verfügung, die beim Heraussuchen und beim Kopieren von Literatur behilflich ist. Hier fordert die Ibs die Einstellung eines Zivildienstleistenden,
- es ist kein Arbeitsraum, der mit entsprechenden Hilfsmittel für Sehgeschädigte ausgestattet ist, vorhanden und
- obwohl in den meisten Räumen eine sehr schlechte Akkustik ist, gibt es kaum Hilfen für hörbehinderte Studierende. Deshalb fordert die Ibs, daß in die Lautsprecheranlagen der Hörsäle Mikrophone eingebaut werden, die mit Mikroportanlagen kompatibel sind.

1987 führte die Ibs während der Einführungswochen einen Abend für behinderte Studierende durch, der jedoch auf sehr geringe Resonanz stieß. Mehr Erfolg hatte die Ibs mit einer Veranstaltung, während der ein Hilfsmittelvertreiber Geräte, die für die Ausstattung eines Arbeitsraumes für Behinderte notwendig sind, vorführte und zu der auch VertreterInnen der Unileitung eingeladen wurden. Über diese Veranstaltung erschienen Berichte in Zeitungen und im Rundfunk.

Berichte einzelner Studierender über ihre Studiensituation, die in der AStA-Zeitung erschienen, und eine Broschüre mit dem Titel "Behinderte im Studium", die im Herbst von der Ibs herausgegeben werden soll, sind einige wichtige Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit.

Für die Zukunft plant die Ibs einen Verein zu gründen und sich ins Vereinsregister als e.V. eintragen zu lassen, da sie dadurch mehr Möglichkeiten in ihrer alltäglichen Arbeit hat.

7. Regensburg

An der Universität Regensburg existiert kein Behindertenreferat, das sich gezielt für eine Verbesserung der Situation behinderter Studierender einsetzt. Die Sportgemeinschaft behinderter und nichtbehinderter Studenten beschäftigt sich jedoch, soweit dies über die sportliche Aktivität hinaus möglich ist, mit Fragen, die behinderte Studierende betreffen. So beteiligte sich die Sportgemeinschaft am 1. bundesweiten Aktionstag behinderter Studierender mit der Durchführung eines Informationsstandes, eines Filmnachmittags und einer Podiumsdiskussion, an der u.a. der Präsident der Universität, Vertreter des Sozialamtes, des Versorgungsamtes und des Arbeitsamtes teilnahmen.

Da die Universität Regensburg erst vor 20 Jahren gebaut und damals als behindertengerecht konzipiert wurde, ist diese bis auf die Cafeteria im Sportzentrum weitgehend rollstuhlzugänglich. Für Sehgeschädigte sind jedoch weder Orientierungshilfen noch taktile Übersichtspläne und Pläne in Großdruck vorhanden. Zudem sind die Türschilder nicht in Blindenschrift gekennzeichnet. Bemängelt wird ebenfalls, daß kein Fernsehlesegerät für Sehgeschädigte zur Verfügung gestellt wird.

Da die Uni sich am Rande von Regensburg befindet und die öffentlichen Verkehrsmittel in Regensburg nicht rollstuhlzugänglich sind, sind die meisten gehbehinderten Studierenden auf die Fahrdienste für Behinderte angewiesen. Als weiteres Problem erweist es sich, daß der Beauftragte für Behindertenfragen an der Uni, der für die Ausübung seiner Tätigkeit keine Dienstbefreiung oder zusätzliche Vergütung bekommt, sich kaum für die Belange Behinderter engagiert, was zur Folge hat, daß sich auch nur sehr wenige Studierende an ihn wenden.

Dafür sind die behinderten Studierenden mit den Angeboten und dem Engagement des Regensburger Studentenwerkes sehr zufrieden. Das Studentenwerk Regensburg hat einen eigen Beauftragten für Behindertenffragen ernannt und in der Sozialberatung arbeiten Behinderte mit. Zudem gibt es in Regensburg ein behindertengerechtes Studentenwohnheim mit 270 Plätzen, wobei zur Zeit 40 behinderte Studierende in diesem Wohnheim wohnen. Hier wird auch ein rund um die Uhr Pflegedienst angeboten.

8. Hamburg

Neben der Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter StudentInnen, die seit mehreren Jahren aktiv ist, gibt es in Hamburg eine Behindertenberatung, die von einem behinderten Studenten durchgeführt wird und dem AStA der Universität Hamburg angegliedert ist.

Die Hamburger Ibs hatte während der letzten Jahre viele Probleme mit der Hamburger Schulbehörde, die einem blinden Studenten, der Blinden- und Körperbehindertenpädagogik studiert hatte, die Absolvierung seines Referendariats in einer Körperbehindertenschule verweigerte. Gegen diese Entscheidung entwickelte die Ibs verschiedene Aktivitäten, die ein breites Echo in der Presse fanden, jedoch nicht zur Revidierung der Entscheidung führten.

Darüberhinaus erstellte die Ibs eine Mängelliste über die Unzulänglichkeiten, die behinderten Studierenden das Studium an der Universität Hamburg erschweren. Dabei handelt es sich u.a. um architek-

tonische Fehlleistungen wie rollstuhlunzugängliche Gebäude, fehlende Aufzüge usw.

Vor kurzem führte die Ibs einen bundesweiten Erfahrungsaustausch für behinderte Studierende mit dem Thema "Wohnen und Mobilität" durch, während dem u.a. Referate über behindertengerechtes Bauen und über die Möglichkeiten eines behindertengerechten öffentlichen Personennahverkehrs gehalten wurden. Hierzu wird ein ausführlicher Bericht von der Ibs erstellt.

Während des letzten bundesweiten Aktionstages behinderter Studierender besetzten die Mitglieder der Hamburger Ibs die Universitätsbibliothek, um der Forderung nach einem Arbeitsraum für behinderte Studierende Nachdruck zu verleihen. Mittlerweile hat die Ibs eine Zusage, daß ein Arbeitsraum für Behinderte zur Verfügung gestellt und eingerichtet werden soll. Es wird gefordert, daß die Ausstattung dieses Raumes nicht nur für Sehgeschädigte, sondern für alle Behinderten entsprechend erfolgen muß.

9. Erlangen

Da es an der Universität Erlangen keinen AStA gibt, existiert dort auch kein Behindertenreferat. Die Studenteninitiative Behinderter (StIB e.V.), die als eingetragener Verein fungiert und mittlerweile seit 10 1/2 Jahren aktiv ist, setzt sich in Erlangen jedoch für Verbesserungen für Behinderte ein.

In der Vergangenheit hat sich die Initiative besonders für die Verbesserung der architektonischen Situation stark gemacht. So wurden Baubegehungen durchgeführt und Anträge für Baumaßnahmen gestellt, von denen mittlerweile einige bewilligt wurden. Ein weiterer Erfolg, den die Initiative verzeichnen kann, ist die Bereitstellung einer Stelle bei der Stadt Erlangen, für einen Behindertenberater, bei deren Besetzung die Initiative mitwirken konnte.

Trotz der Erfolge sind an der Universität Erlangen nach wie vor ganze Gebäude für RollstuhlbenutzerInnen nicht zugänglich und die öffentlichen Verkehrsmittel nicht behindertengerecht, was

gerade für behinderte Studierende große Probleme mit sich bringt, da die Gebäude der Universität auf die ganze Stadt verteilt sind. Vor kurzem wurden Anträge auf den Einbau von Aufzügen und Rampen, sowie für die Erstellung eines Studienführers für Behinderte gestellt, von denen die StIB erwartet, daß sie genehmigt werden.

10. Essen

Die Essener Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter StudentInnen, die seit Mai 1987 aktiv ist, arbeitet eng mit der Beratungsstelle für behinderte Studierende an der Essener Universität zusammen, die im Oktober 1986 auf Initiative des Behindertenbeauftragten mit 3 auf 2 Jahre befristeten ABM-Stellen besetzt und ins Leben gerufen wurde. Die 3 Behindertenberaterinnen sind weder behindert noch haben sie vorher in diesem Bereich gearbeitet, so daß sie eine längere Einarbeitungszeit benötigten.

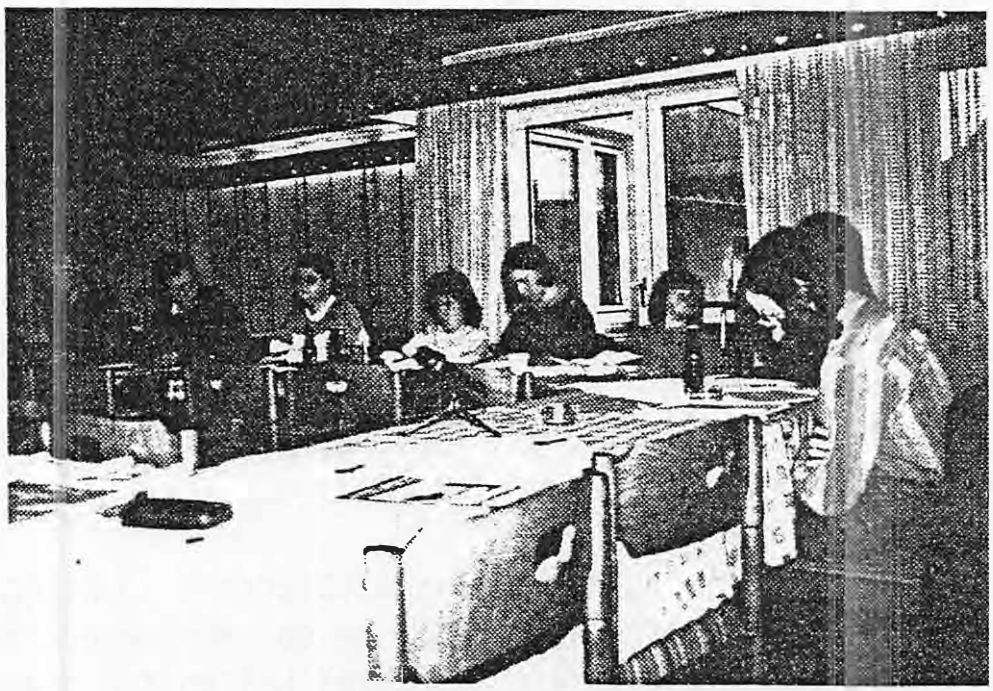
Die Ibs, die sich 1mal wöchentlich trifft, ist momentan damit beschäftigt, das Drehbuch für einen Videofilm über die Situation behinderter Studierender zu schreiben und die Prüfungsordnungen auf Regelungen für behinderte Studierende hin zu sichten und Verbesserungsvorschläge zu entwickeln. Darüberhinaus setzt sich die Ibs für architektonische Verbesserungen ein, da die Essener Universität, die erst vor ca. 15 Jahren gebaut wurde, erhebliche Unzulänglichkeiten aufweist.

- Die Knöpfe in den Fahrstühlen sind für viele Behinderte nicht geeignet,
- die Wege zu den Hörsälen führen zum Teil durch dunkle unbeschilderte Kellergänge,
- einige Fachbereiche sind in älteren Gebäuden untergebracht, die nur schwer zugänglich sind und teilweise nur über Lastenaufzüge erreicht werden können,
- obwohl in Essen viele Hörbehinderte studieren - in Essen gibt es die einzige Sonderschule in der BRD, an der Hörbehinderte das Abitur machen können - existieren keinerlei Hilfen für diesen Personenkreis,
- für Sehbehinderte und Blinde sind ebenfalls keinerlei Hilfen vorhanden usw.

Erreicht wurde bereits der Umbau der Behindertenparkplätze und die Bereitstellung weiterer Stellplätze für Behinderte. Zudem wurde ein Studienführer für behinderte Studierende herausgegeben. Desweiteren stellt die Uni 100.000 DM für behindertengerechte Umbaumaßnahmen zur Verfügung, wozu die Ibs eine Mängelliste erstellt hatte. Mittlerwiele wurden auch die Ausleihfristen für Bücher der Universitätsbibliothek für behinderte Studierende auf 60 Tage verlängert. Es gibt momentan Bestrebungen, eine Mikroportanlage, die dann leihweise zur Verfügung gesetellt werden soll, zu beschaffen.

Da die räumliche Nähe zu den Städten Dortmund und Bochum gegeben ist, hat sich die Essener Ibs bereits 2mal mit denen von Dortmund und Bochum zu einem Erfahrungsaustausch getroffen, der auch zukünftig fortgesetzt werden soll.

In der Presse erschienen bisher verschiedene Notizen über die Existenz der Beratungsstelle für behinderte Studierende und 1 Artikel über die Situation behinderter Studierender an der Universität in Essen, der zustände kam, nachdem die Ibs mehrere Zeitungen angeschrieben hatte.



11. Kassel

Die Interessengemeinschaft behinderter StudentInnen Kassel, die eng mit dem Autonomen Behindertenreferat im AStA der GhK und der Aktionsgruppe Behinderter in Kassel zusammenarbeitet, entstand im Sommersemester 1986.

Damals waren viele behinderte Studierende mit den Gegebenheiten am neu bezogenen Standort Holländischer Platz nicht zufrieden, da die neu gebauten Gebäude erhebliche Mängel für behinderte Studierende aufwiesen und heute zum Teil immer noch aufweisen. So waren zum Beispiel keine automatischen Türöffner für die schwergängigen Türen eingebaut, in den Hörsälen waren keine Plätze für RollstuhlbenutzerInnen vorhanden und der Putz an den Wänden war sehr rauh, so daß es sogar zu kleineren Verletzungen kam.

Desweiteren sind die Fahrstühle nicht für die Bedürfnisse von RollstuhlbenutzerInnen und Sehgeschädigten umgebaut, die Akkustik in den Räumen ist sehr schlecht und schlechte Lichtverhältnisse und Säulen, die z.T. mitten in den Seminarräumen stehen, erschweren Hörbehinderten das Ablesen vom Mund. Technische Hilfen für hörbehinderte Studierende sind nur in den Hörsälen in Form von Induktionsschleifen vorhanden. Personelle Hilfen wie Gebärdendolmetscher und Tutoren werden Hörbehinderten nicht zur Verfügung gestellt.

Für Sehgeschädigte existiert kein taktiler Übersichtsplan und kein Plan in Großdruck, darüberhinaus sind nur in einem Gebäude die Türschilder in Blindenschrift gekennzeichnet. Zudem fehlen immer noch Hilfsmittel für Sehgeschädigte, deren Anschaffung der Ibs schon vor einem Jahr zugesichert wurde usw.

Gegen diese Mißstände entwickelte die Ibs in der Vergangenehit verschiedene Aktivitäten, die von der Erstellung von Mängellisten, über Verhandlungen mit zuständigen Verwaltungsangestellten, der Beteiligung an Baubegehungen, bis zur Durchführung von Protestaktionen reichten.

So beteiligte sich die Kasseler Ibs am 1. bundesweiten Aktionstag behinderter Studierender mit einer Flugblattaktion, während der

Flugblätter in Blindenschrift verteilt wurden, um auf die desolate Situation bei der Literaturversorgung für sehgeschädigte Studierende hinzuweisen. Die Durchführung einer Informationsveranstaltung über die Studiensituation behinderter Studierender und eine Ordensverleihung an das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst, das den Orden der Ignoranz für besondere Lahmheit, Blindheit und Schwerhörigkeit gegenüber den Forderungen und Bedürfnissen behinderter Studierender verliehen bekam, waren weitere Aktivitäten während des Aktionstages.

Erste Erfolge erzielte die Ibs direkt bei der Ordensverleihung, als ihr die Beseitigung der eklatantesten Mängel zugesichert wurde. Desweiteren beschaffte der Fachbereich Sozialwesen 1.000 Leercassetten und bewilligte Mittel für eine studentische Hilfskraft, die bereits vorhandene Literatur auf Cassette überspielt und archiviert. Für das Sommersemester 1988 wurden vom Fachbereich Sozialwesen ebenfalls 5.000 DM für Vorlesekräfte bewilligt. Die Universitätsbibliothek beschäftigt zwei studentische Hilfskräfte, die für die Unterstützung behinderter BibliotheksbenutzerInnen zuständig sind. In Kürze sollen mehrere ABM-Stellen für die Beratung behinderter Studierender beantragt und drei elektronische Arbeitsplätze für Sehgeschädigte installiert werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit, auf die die Ibs besonderen Wert legt, erstreckt sich von der Herausgabe von Flugblättern, dem Veröffentlichen von Artikeln und Selbstdarstellungen in den Hochschulzeitungen, bis zur Herausgabe von Presseerklärungen zu aktuellen Themen. Dabei wurden bereits gute Erfolge erzielt. Darüberhinaus führte die Ibs Veranstaltungen zum Thema Sterbehilfe und Behinderte im Nationalsozialismus durch, die gut besucht waren.

Probleme ergeben sich für die Ibs aus der Tatsache, daß diese viele Aufgaben übernehmen muß, die eigentlich die Aufgaben der Universität sind, wie die Organisation des Auflesens von Literatur, Baubegehungen usw. Die Alternative hierzu wäre in der Regel, daß es überhaupt keine Verbesserungen für Behinderte gäbe. Weitere Probleme ergeben sich daraus, daß sehgeschädigte MitarbeiterInnen der Ibs keine Hilfskräfte haben, die den anfallenden Schriftverkehr der Ibs vorlesen, so daß diese in ihrer Mitarbeit eingeschränkt sind. Darüberhinaus können einzelne Vorgehensweisen nur sehr unzureichend

diskutiert werden, da ständig zuviel zu tun ist, so daß sich eine Art Funktionärswesen herausbildet.

12. Marburg

In Marburg setzt sich die Interessengemeinschaft sehbehinderter und blinder Studenten (ISBS) für bessere Studienbedingungen für Sehgeschädigte ein. Nach Information der ISBS studieren in Marburg ca. 90 sehgeschädigte Studierende, von denen 15 - 20 aktiv in der ISBS mitarbeiten.

Die Arbeit der ISBS vollzieht sich zum Teil in verschiedenen Arbeitsgruppenso wurde z. B. für die Vorbereitung von Aktionen für den 2. Bundes-Aktionstag behinderter Studierender eine eigene Arbeitsgruppe gebildet. Mitglieder der ISBS haben bereits - finanziert über studentische Hilfskraftmittel - die Türschilder im Hörsaalgebäude in Blindenshcrift beschriftet, so daß dort die Orientierung für Sehgeschädigte erheblich erleichtert wird. Die Türschilder der Philosophischen Fakultät sollen in Kürze ebenfalls in Blindenschrft beschriftet werden.

Eine ABM-Stelle, die sehbehinderten und blinden Studierenden beim Heraussuchen von Literatur in der Universitätsbibliothek behilflich war, ist vor kurzem ausgelaufen. Die ISBS setzt sich dafür ein, daß dieses Angebot erneuert wird.

Was die Öffentlichkeitsarbeit anbelangt, kann die ISBS auf Veröffentlichungen in den Hochschulzeitungen und auf eine Leserbriefaktion in den lokalen Medien zum Thema Baustellen und die daraus resultierenden Gefahren für Sehgeschädigte und zum Abstellen von Fahrrädern verweisen, die eine gute Resonanz in der Öffentlichkeit hervorrief.

13. Bundesarbeitsgemeinschaft zur Literaturbeschaffung für sehgeschädigte Studierende (BAG)

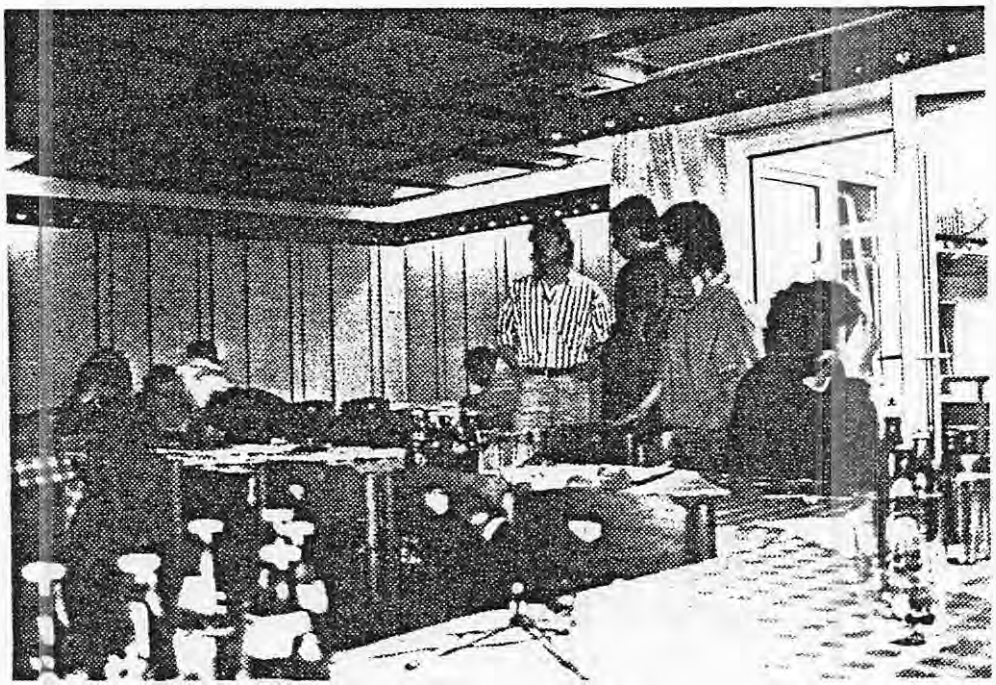
Die BAG entstand aus einer Reihe von Seminaren heraus, die sich mit

der Verbesserung der Literaturbeschaffung für Sehgeschädigte beschäftigten und von der Ibs Dortmund organisiert wurden , im Oktober 1986.

In der BAG arbeiten sehgeschädigte Personen aus mehreren Bundesländern mit, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, überlegungen zu entwickeln, wie die Literaturversorgung für sehgeschädigte Studierende in der BRD langfristig sichergestellt werden kann, so daß jede/r Sehgeschädigte die Literatur in der Form erhält, in der er bzw. sie sie für die Absolvierung des Studiums benötigt.

Hierzu wurde ein Konzept entwickelt, das auf den Beiratssitzungen der Beratungsstelle für behinderte Studierende des Deutschen Studentenwerkes im März und im Dezember 1987 vorgestellt und gutgeheissen wurde. Dieses Konzept, das bei der Ibs Dortmund angefordert werden kann, wurde mittlerweile an alle Landtags- und Bundestagsfraktionen, sowie an alle Universitätspräsidenten und -rektoren mit der Bitte um Stellungnahme verschickt.

Desweiteren bemüht sich die BAG um eine verstärkte öffentlichkeitsarbeit, um die öffentlichkeit auf die diskriminierenden Studienbedingungen, mit denen sehgeschädigte Studierende konfrontiert sind, hinzuweisen. Hierzu wurde bereits 1 Artikel verfaßt, der verschiedene Zeitungen zu Veröffentlichungen zu diesem Thema anregte.



2. BUNDES-AKTIONSTAG BEHINDERTER STUDIERENDER

1. Weshalb ein gemeinsamer Aktionstag?

Zu diesem Thema formulierte die Vertreterin aus Dortmund folgende Fragen:

- Ist es nicht wirksamer, eine Protestaktion durchzuführen, wenn ein aktueller Anlaß, wie Z. B. eine Gebäudeeinweihung eines unzugänglichen Gebäudes, gegeben ist?

- Wird man nicht einplanbar, wenn es sich eingebürgert hat, daß 1mal im Jahr eine Protestaktion durchgeführt wird?

- Werden für die Durchführung dieses Aktionstages nicht Energien verschenkt, die für andere Projekte benötigt werden?

- Werden diejenigen, die kein Interesse an der Durchführung von Aktionen haben durch die Ansetzung eines bundesweiten Aktionstages nicht unter Druck gesetzt?

- Welche Erfolge bringt die Durchführung eines bundesweiten Aktionstages?

Im Anschluß an die Formulierung dieser kritischen Fragen entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, während der u.a. argumentiert wurde, daß die Durchführung eines bundesweiten Aktionstages den Vorteil mit sich bringe, daß die verschiedenen Interessenvertretungen an einem Tag etwas gemeinsam machen können und, was einen starken Solidaritätseffekt mit sich bringe, und daß der bundesweite Charakter der Aktionen ein stärkeres Echo in den Medien auslöse, so daß verstärkt auf die Situation behinderter Studierender hingewiesen werden könne.

Jede Organisation müsse jedoch selbst abwägen, ob es für sie momentan sinnvoll und leistbar ist, sich am Aktionstag zu beteiligen.

2. bundesweiter Aktionstag behinderter StudentInnen am 5. Mai 1988

Schluß mit den Diskriminierungen
– für behindertengerechte Hochschulen!!!

bundesweite Koordinations- und Kontaktstelle:
U N I - I N T E G
Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter StudentInnen an der Gesamthochschule Kassel
c/o AStA der GhK
Nora-Platiel-Strasse 1
35oo K a s s e l
Telefon: o561 / 8o4— 2887

Presse Info

SCHLUSS MIT DEN DISKRIMINIERUNGEN FÜR BEHINDERTENGERECHTE HOCHSCHULEN

Unter diesem Motto führen mehrere Interessengemeinschaften behinderter und nichtbehinderter Studierender und Autonome Behindertenreferate verschiedener Studentenausschüsse im Rahmen des 2. Bundes-Aktionstages behinderter Studierender am 05. Mai 1988 Protestaktionen gegen die diskriminierenden Lebens- und Studienbedingungen, mit denen Behinderte tagtäglich konfrontiert sind, durch.

Insgesamt sind an 13 Hochschulorten - in Dortmund, Bochum, Essen, Münster, Kassel, Marburg, Giessen, Frankfurt, Erlangen, Tübingen, Freiburg, Hamburg und West Berlin - Aktionen von Treppenblokaden über das Zukleben von Türschildern, die nicht in Blindenschrift beschriftet sind, bis zu Informationsveranstaltungen geplant.

"Obwohl die verschiedenen Interessenvertretungen behinderter Studierender mittlerweile schon jahrelang gegen die diskriminierenden Verhältnisse an den bundesdeutschen Hochschulen protestieren, lassen längst überfällige Initiativen für eine entscheidende Verbesserung der Situation von seiten der Bundesregierung, der Landesregierungen und nicht zuletzt von den entsprechenden Hochschulen weiterhin auf sich warten," erklärte Jörg Fretter von der Koordinationsgruppe in Kassel.

Für behinderte Studierende gehört es heute immer noch zum Alltag,

- daß an den meisten Hochschulen kein einziges sehgeschädigtengerecht aufbereitetes Buch(auf Cassette gesprochen oder in Blindenschrift übertragen) vorhanden ist,
- daß Orientierungshilfen für Sehbehinderte und Blinde fehlen,
- daß Hochschulgebäude wie Mensen, Studienberatungen und Seminarräume nicht zugänglich sind,

- daß keine technischen Hilfen wie Mikroportanlagen und Induktionsschleifen für Hörbehinderte vorhanden sind,
- daß nur sehr wenig ausgebildete Gebärdendolmetscher vorhanden sind,
- daß Arbeitsplätze für Behinderte in den Universitätsbibliotheken mit entsprechender Ausstattung für Sehbehinderte und Blinde, sowie für Körperbehinderte fehlen,
- daß ein flächendeckendes Beratungsangebot für behinderte Studierwillige und Studierende nicht existiert,
- daß die lediglich ehrenamtlich tätigen Beauftragten für Behindertenfragen, die als Ansprechpartner an den einzelnen Hochschulen fungieren sollten, in der Regel 40 Stunden/Woche mit anderen Aufgaben betraut sind, so daß ein effektives Eintreten für die Belange behinderter Studierender praktisch unmöglich ist,
- daß die behindertenfeindlichen Öffentlichen Verkehrsmittel von Rollstuhlfahrer/innen nicht in Anspruch genommen werden können,
- daß in den Prüfungsordnungen keine Klauseln aufgenommen sind, die einen behinderungsbedingten Nachteilsausgleich garantieren und individuelle Regelungen ermöglichen,
- daß die meisten Mensen keine Schonkost anbieten,
- daß Wohnheime fehlen, in denen behinderte und nichtbehinderte Studierende gemeinsam leben können und behindertengerechte Wohnungen Mangelware sind,
- daß die finanziellen Mittel wie BAföG, Mehrbedarf für Pflege völlig unzureichend sind usw. usw.

Angesichts der aufgeführten Mängel wird deutlich, daß §2 Abs. 5 des Hochschulrahmengesetzes(HRG), der die einzelnen Hochschulen verpflichtet, die besonderen Bedürfnisse behinderter Studierender zu berücksichtigen, an den meisten Hochschulen in Vergessenheit geraten sein muß.

"Wir sind nicht länger gewillt, diese Zustände, die uns behinderten Studierenden neben den ohnehin schon höheren Belastungen, ständig mehr Zeit- und Nervenaufwand abverlangen, hinzunehmen. Von Chancengleichheit kann dabei keine Rede mehr sein," so Jörg Fretter weiter.

Die Veranstalter/innen fordern

von den Gesetzgebern, daß Gesetze verabschiedet werden, die unmißverständlich die Diskriminierung behinderter Menschen verbieten und Bedingungen schaffen, die die Chancengleichheit für behinderte Studierende garantieren. Dies bedeutet beispielsweise,

- daß ausgebildete Gebärdendolmetscher für Hörbehinderte kostenlos zur Verfügung

- gestellt werden müssen,
- daß für sehgeschädigte Studierende die benötigte Studienliteratur auf Cassette gesprochen oder in Blindenschrift übertragen kostenlos bereitgestellt werden muß,
- daß alle öffentlichen Gebäude im Laufe der nächsten Jahre für Rollstuhlfahrerinnen zugänglich gemacht werden müssen und
- daß ein flächendeckendes Beratungsangebot für behinderte Studierwillige und Studierende geschaffen werden muß.

Von den Hochschulen wird gefordert, daß in den Hochschulverwaltungen und den entsprechenden Gremien eine breite Diskussion über die Situation behinderter Studierender geführt wird und konkrete Schritte zu einer entscheidenden Verbesserung der Situation so schnell wie möglich eingeleitet werden, wie dies §2 Abs. 5 des HRG vorschreibt.

Welche Aktionen an den einzelnen Hochschulorten geplant sind, ist anhand des beigefügten Anhangs ersichtlich. Für weitere Informationen stehen Ihnen Jörg Fretter Tel. 05 61 / 8 45 78 und Ottmar Paul Tel. 05 61 / 1 52 01 gerne zur Verfügung.

ANHANG

Folgende Aktionen werden am 2. Bundes-Aktionstag behinderter und nichtbehinderter Studierender durchgeführt:

Dortmund

Do. 05. Mai ab 11.00 Uhr im Mensagebäude der Uni Dortmund:
Blokade eines für Rollstuhlfahrer/innen nicht zugänglichen Teils der Mensa
Flugblattaktion zum Thema "Bauen an der Uni Dortmund"
Abends im Uni-Filmclub:
Vorführung des Films "Behinderte Liebe" mit anschließender Diskussion
Kontakt: IBS-Dortmund Tel. 02 31 / 755 28 48 oder 02 31 / 12 17 13

Bochum

Do05. Mai vormittags im Uni-Center:
Absperraktion einer Treppe, um gegen die Nichtberücksichtigung von behindertengerechten Umbaumaßnahmen bei der architektonischen Umgestaltung des Uni-Centers zu protestieren
Kontakt: Ibs Bochum Roger Packmohr Tel. 02 34 / 70 51 71

Münster

Mi. 04. Mai 19.00 Uhr Martini Gemeindesaal, Neubrückenstr.:
Veranstaltung zum Thema " Deine Norm - meine Norm? - Wer integriert wen?"
Do. 05. Mai 11.00 - 17.00 Uhr Fürstenberghaus:
Flugblattaktion und Info-Cafe
Kontakt: Autonomes Behindertenreferat, Martina Geutmann Tel. 02 51 / 79 68 05

Essen

Do. 05. Mai 11.30 Uhr vor der Mensa:
Flugblattaktion und Unterschriftensammlung gegen die Reform im Gesundheitswesen
Zudem wird die Gelegenheit zu einer Fahrt im Rollstuhl, zum Erproben des Ablesens vom Mund und zum Ertasten von verschiedenen Gegenständen geboten
Kontakt: Behindertenberatungsstelle, Heike Nötzel Tel. 02 01 / 183 28 24

Kassel

Ab 21.04.
Durchführung von 2 Aktions- und Informationswochen zu verschiedenen Themenstellungen
Do. 05. Mai 11.30 - 14.00 Uhr Ingenieurschule, Wilhelmshöher Allee:
Blokade des Haupteingangs der Ingenieurschule
Abends 21.00 Uhr Cafe Vis a Vis:
Buchlesung "Geschlecht behindert - besonderes Merkmal Frau"
Kontakt: UNI-INTEG Jörg Fretter 05 61 / 8 45 78 und Ottmar Paul 05 61 / 1 52 01

Marburg

Do. 05. Mai Mensabrücke ab 12.00 Uhr:
Blokade der Mensabrücke um gegen das Falschparken von Fahrrädern, das sehgeschädigten Studierenden den Durchgang erschwert, zu protestieren - Flugblattaktion in der Mensa
Abends 20.00 Uhr Kommunikations- und Freizeitzentrum, Schulstr. 6:
Diskussionsveranstaltung zum Thema: "Probleme der behinderten Bevölkerung in Marburg"
Kontakt: ISBS Marburg Daniel Rickers Tel. 0 64 21 / 2 53 79

G i e s s e n

Do. 05. Mai 10.00 Uhr
Gesprächsfrühstück, zu dem alle Zuständigen eingeladen wurden und in dem die Studiensituation behinderter Studierender an der Justus- Liebig-Universität erörtert werden soll.
Ab 12.00 Uhr Mensa:
Flugblattaktion um auf die Schwierigkeiten sehgeschädigter Studierender bei der Literaturbeschaffung hinzuweisen
19.30 Uhr
Baskettballspiel der Baskettballrollstuhlgruppe mit Beiprogramm
Fr. 06. Mai morgens:
Pressekonferenz
Kontakt: Ibs Giessen Georg Riester Tel. 06 41 / 6 22 66

F r a n k f u r t

Do. 05. Mai 10.00 Uhe campus der Universität:
Möglichkeit zum Befahren eines Rollstuhlparkurs für"Nichtbehinderte" - Infostand mit Photoausstellung
Kontakt Ibs Frankfurt und BHSA Ortsgruppe Frankfurt Andreas Kammerbauer
Tel. 0 61 46 / 25 58

E r l a n g e n

Do. 05. Mai 11.00 - 14.00 Uhr Hauptmensa:
Infotische zum Thema "behindertenfeindlicher öffentlicher Personennahverkehr"
Mensa Süd:
Aktion gegen die schlechte bauliche Situation für Rollstuhlfahrer/innen
Kontakt: STIB e.V. Dinah Radtke Tel. 0 91 31 / 2 79 20

T ü b i n g e n

Do. 05. Mai:
Protestaktion gegen die schlechte bauliche Situation für Behinderte an der Uni Tübingen
Kontakt: Stefan Lorent Tel. 0 74 73 / 78 97

F r e i b u r g

Do. 05. Mai Mensa I und II
Informationsstand mit photografischer Darstellung der Mängel an der Universität aus der Sicht eines hörbehinderten Studierenden
Kontakt: Ig Ohr Klaus Pietsch Tel. 07 61 / 40 85 79

H a m b u r g

Do. 05. Mai
Infoaktion
Kontakt: Ibs Hamburg Bertram Sauer Tel. 0 40 / 41 87 16 oder 0 40 / 410 30 64

B e r l i n

Do. 05. Mai
Verteilen von Flugblättern in Blindenschrift, um auf die Defizite bei der Versorgung sehgeschädigter Studierender mit sehgeschädigtengerecht aufbereiteter Studienliteratur hinzuweisen.
Kontakt: Ibs Berlin Peter Dietrich Tel. 0 30 / 7 84 98 75

K ö l n

Do. 05. Mai
Ausstellung zum Thema "Behindertensport - behinderter Sport?
Umfrage bei Dozenten über die Studiensituation behinderter Studierender an der Sporthochschule Köln, um zu erfahren, welches Bild diese davon haben.
Rollstuhldemonstration, um dagegen zu protestieren, daß Behinderte an der Sporthochschule Köln die gleichen Eingangsprüfungen wie Nichtbehinderte ablegen müssen, was zur Folge hat, daß RollstuhlbenutzerInnen an der Sporthochschule Köln nicht zum Studium zugelassen werden.
Kontakt: AStA der Sporthochschule Köln, Uli Opara Tel. 02 21 / 44 17 82

Da einige Interessenvertretungen während des 1. bundesweiten Aktionstages behinderter Studierender gute Erfolge hinsichtlich der Berichterstattung in den Medien und mit der Realisierung von Forderungen verzeichnen konnten und alle VertreterInnen der anwesenden Organisationen die Durchführung eines weiteren Aktionstages befürworteten, wurde beschlossen, diesen am Donnerstag, den 05. Mai 1988 durchzuführen.

Zudem wurde betont, daß es nicht nur dabei bleiben darf, jedes Jahr einen Aktionstag durchzuführen, sondern daß verstärkt Aktionen duchgeführt werden müssen, um auf die vielfältigen Diskriminierungen, mit denen Behinderte tagtäglich konfrontiert sind, hinzuweisen.

2. Koordination und Pressearbeit

Die Ibs Kassel erklärte sich bereit, die bundesweite Koordination und Pressearbeit des 2. Bundes-Aktionstages behinderter Studierender zu übernehmen.

Dies beinhaltet die Kontaktaufnahme mit den anderen Interessenvertretungen behinderter Studierender, die an der Tagung nicht teilnehmen konnten, das Zusammenstellen der geplanten Aktionen, die Erledigung der überregionalen Pressearbeit und das Erstellen eines Readers zum 2. Aktionstag. Die einzelnen Interessenvertretungen sollen die lokalen Medien selbst ansprechen.

Ein von der Kasseler Ibs ausgearbeiteter Entwurf für eine bundesweite Presseerklärung wurde diskutiert und mit einigen Veränderungen einstimmig verabschiedet, so daß folgende Presseerklärung an über 150 Zeitungen, den Rundfunk und das Fernsehen verschickt wurde:

Der Reader zum 2. Bundes-Aktionstag behinderter Studierender kann bei der Interessengemeinschaft behinderter StudentInnen an der GhK, Nora-Platiel-Str. 1, 3500 Kassel angefordert werden.

3. Motto des Aktionstages

In der Diskussion um das Motto, das der 2. Bundes-Aktionstag behinderter Studierender bekommen soll, entbrannte eine heftige Diskussion um den Vorschlag "Macht kaputt, was Euch behindert!", der von einigen TeilnehmerInnen favorisiert wurde. Im Laufe der Diskussion, während der deutlich wurde, daß dieser Vorschlag nicht von allen TeilnehmerInnen getragen wird, wurden u.a. folgende Vorschläge für ein gemeinsames Motto gemacht:

"Nieder mit den Hindernissen"
"Reißt die Hindernisse nieder"
"Weg mit den Hindernissen - für behindertengerechte Hochschulen"

Schließlich wurde der Slogan **"Schluß mit den Diskriminierungen - für behindertengerechte Hochschulen"** ohne Gegenstimme als Motto für den 2. Bundes-Aktionstag gewählt.

4. Bundesweites Plakat für den Aktionstag

Um die Öffentlichkeitswirksamkeit des Aktionstages zu erhöhen, legte die Ibs Kassel einen Entwurf für ein Plakat vor, das als Werbung für die einzelnen Veranstaltungen, die am Aktionstag durchgeführt werden, verwendet werden kann. Da dieser Entwurf gutgeheißen wurder, erklärte sich die Kasseler Ibs bereit, den Druck und die Verschickung an die einzelnen Interessenvertretungen zu organisieren. Es wurde beschlossen, das Plakat (siehe nächste Seite) im Format DIN A 2 und mit einer Auflage von 5.000 Stück in Druck zu geben.

WIE KANN EINE GEZIELTE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT AUSSEHEN?

Konzeptionelle Stichpunkte

Referent: Oliver Tolmein, Redakteur bei der "taz" in Bonn

Grundsatz

JournalistInnen wollen wenig lesen, aber viele Fakten geliefert bekommen.

Vorbereitung

Im Vorfeld einer Presseaktion muß eine Grundentscheidung getroffen werden: Soll eine breit angelegte Informationskampagne bzw. medienwirksame Aktion gestartet werden, oder geht es darum, z. B. eine Schweinerei aufzudecken? Im ersten Fall ist klar: Alle Medien bzw. Zeitungen müssen informiert und mit Material versorgt werden. Im zweiten Fall ist das nicht zwingend: Evtl. erweist es sich hier als sinnvoll, nur eine Zeitung bzw. Rundfunkanstalt etc. zu informieren. Stichwort: Exklusivgeschichte. Der Anreiz für eine Zeitung so eine Geschichte groß aufzumachen und nicht nur als Kurzmeldung zu präsentieren, wird dadurch entschieden größer, der Kontakt zu einem wichtigen Medium wird intensiviert(Verpflichtungen entstehen...), die anderen Zeitungen müssen ggf. nachziehen. In der Regel ist das nicht so, aber bei einer wirklich spannenden Geschichte (z.B. Unterschlagungen in einer WfB etc.) eben doch.

Gehen wir jetzt aber mal vom Regelfall aus: Als nächste Frage taucht auf: Ist die Aktion von <u>überregionalem Interesse?</u> Dann muß über den örtlichen JournalistInnen-Verteiler (der auf jeden Fall parat sein sollte) hinaus natürlich auch, möglichst frühzeitig angesprochen werden.

Gezielte Ansprache

Bei Zeitungen etc. sind immer bestimmte Leute mit den Behindertenthemen betraut (bei Rundfunkstationen aber manchmal auch verschiedene Redaktionen, die dann jeweils einzeln angesprochen werden können. Beim Hessischen Rundfunk z.B. "von 8-12" HR3, "Zeitfunk" HR1, Jugendfunk und z. B. auch Studio Kassel). Die solltet Ihr kennen

und direkt ansprechen. Sonst geht viel verloren und wandert in den Papierkorb, weil es irgendwelchen RedakteurInnen uninteressant erscheint. Manchmal ist es auch gut, freie MitarbeiterInnen zu kennen, die immer ein Interesse daran haben, Themen anbieten zu können, und die deswegen oftmals ein Thema ihrer Redaktion gegenüber engagiert vertreten und dann auch einen besseren Bericht schreiben, als irgendein abgestellter Routinier.

Es ist also meistens nicht gut nach dem Motto:"Viel hilft viel" sehr viele Leute anzusprechen. Das gibt Überschneidungen, Konkurrenzen und verärgert die Leute. Deswegen ist es auch nicht gut, bei jeder Aktion die überregionale Presse anzusprechen, die Ablehnung bzw. der Weg in den Papierkorb wird Routine: Es ist sinnvoller bei einem wichtigen Thema wirklich mehrfach und direkt eineN RedakteurIn anzusprechen. Bei mehreren lokalen Medien vor Ort: Immer gleichzeitig ansprechen (Ausnahme: Exklusivstories), sonst fallt Ihr bei manchen aus formalen Gründen aus der Berichterstattung heraus.

Pressekonferenz oder Briefaktion?

Habt Ihr Euch entschieden, was Ihr machen wollt und an wen Ihr Euch wenden wollt, bleibt die Frage **"wie?"**. Nur per Telefon ist ganz schlecht: Kostet Geld, Zeit und ist unpräzise - andererseits habt Ihr die GesprächspartnerInnen direkt an der Strippe. Bleiben Pressekonferenz bzw. -gespräch und Postaktionen. Das hängt natürlich auch von der Medienstruktur vor Ort ab: Für 2 Zeitungen und sonst nix lohnt es sich nicht eine Pressekonferenz zu machen. Ansonsten hat die Pressekonferenz vor Postaktionen den Vorteil, daß sie ein Ereignis ist, eine Nachricht hergibt.

Material

Hütet Euch davor dicke Pressemappen zu machen. Das liest kein eiliger Journalist. Für Alltagsgeschichten solltet Ihr nicht mehr als 2, 3 Seiten Material mitgeben. Besteht Interesse darüber hinaus, sagen die KollegInnen das schon - dafür solltet Ihr dann aber gewappnet sein. Also: Dokumente, Schriftwechsel auf die Ihr verweist, stets kopiert bzw. kopierbereit bei Euch haben (es sei denn, da muß was geheim bleiben). Gut macht es sich meist, wenn

Ihr Euer Statement, das Ihr auf Pressekonferenzen vortrag, kopiert dabei habt (das spart den KollegInnen das mitschreiben und verhindert Übertragungsfehler). Es sollte sowieso nicht allzu lang sein, sondern nur den harten Kern des Problems schildern. Alles weitere fragen die JournalistInnen dann schon. Etwas anderes ist es, wenn Ihr keine Pressekonferenz macht, sondern einzelne JournalistInnen ganz gezielt informieren und auf ein Thema ansetzen wollt: Dann ist es sinnvoll möglichst umfassendes Material zur Verfügung stellen zu können, bsonders Briefwechsel, Vorschriften, Gesetzestexte sind für BerichterstatterInnen interessant. Material lebt auch von der Optik: Eng beschriebene Schreibmaschinenseiten liest niemand gern. Standard ist 30 Zeilen zu 60 Buchstaben pro Seite.

Die Pressekonferenz

Zwei, drei Tage vorher einladen (nicht früher, sonst wirds wieder vergessen). Ggf. nochmal am Tag vorher anrufen, erinnern und fragen. Kommen Sie? Öfter aber nicht: Das nervt und schlägt ins Gegenteil um. Bei der Pressekonferenz selber: Keine Horden hinschicken: Ein bis zwei Personen vorne reichen dicke aus. Nur kurz den Kern des Problems umreißen und erläutern auf was für Material man sich stützt (z.B.: "wie im Unibericht 1988 steht", oder: "laut Brief vom Rektor..."). Eine Pressekonferenz sollte inklusive Fragezeit nicht länger als 30 Minuten dauern. Ansetzen solltet Ihr sie nicht zu spät, damit die JournalistInnen nicht mit den Redaktionsschlußzeiten kollidieren. (Also am besten später Vor- oder früher Nachmittag).

Infos bei Aktionen

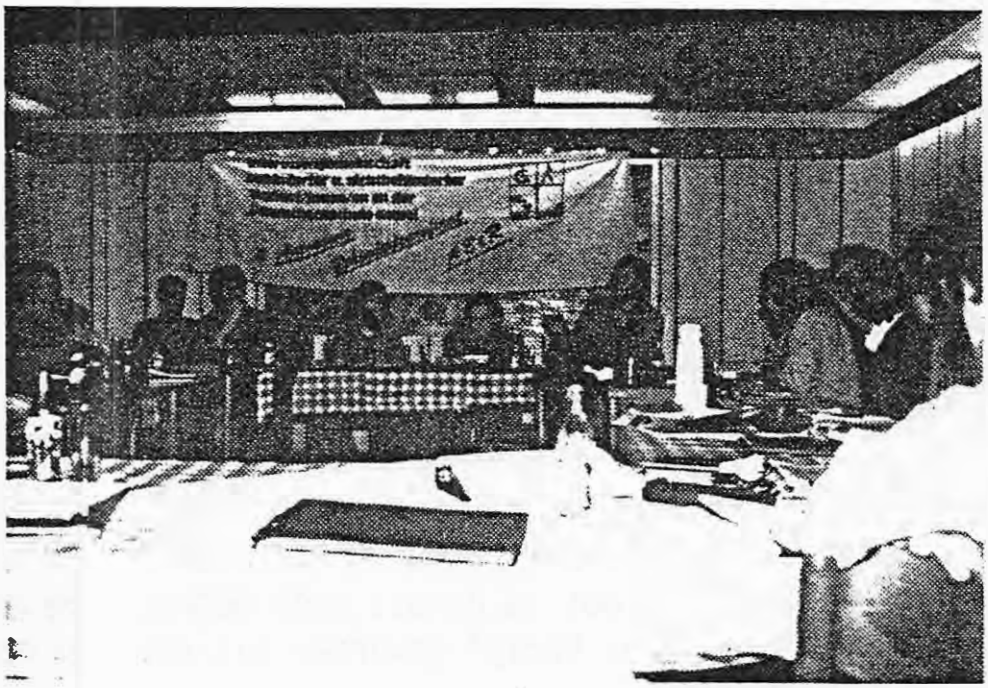
Flugblätter sollen grundsätzlich nicht mehr als eine Seite Text haben - liest sonst kaum jemand. Gute Gestaltung ist ganz wichtig - ein schreibmaschinengeschriebener Wisch mit x Tippfehlern reizt nicht zum Lesen. Bei größeren oder längerfristigen Geschichten (Kampagne zum Thema) gibts aber noch andere Möglichkeiten: Sticker etc.

Z.B. bei Kampagne "Lage von behinderten StudentInnen"

Das wäre ein Beispiel, wo verschiedene Formen von Pressearbeit zusammenkommen. Da ist die gute Organisation und Absprachen wichtig - es hilft nichts, wenn JournalistInnen von 3-4 verschiedenen Leu-

ten angesprochen werden. Wichtig bei so einer koordinierten Aktion ist auch das Timing. Ein Fernsehmonatsmagazin beispielsweise muß, wegen längerer Produktionszeiten etc., viel früher angesprochen werden, als eine überregionale Tageszeitung. Das ist wichtig, weil bestimmte Redaktionen ein Thema, wenn es "schon gelaufen ist" nicht mehr aufgreifen.

Um eine Berichterstattungsgleichzeitigkeit zu ermöglichen, muß also unterschiedlich früh mit Pressearbeit begonnen werden. Grundsätzlich empfielt es sich, eine Kampagne überregional zu starten und dann die lokalen Medien nachziehen zu lassen: Die sind durch die bundesweite Aufmerksamkeit aufgeschreckt und wollen mit eigenem Material nachziehen. A propos "eigenes Material": JournalistInnen recherchieren auch ganz gerne. In Einzelgesprächen könnt Ihr ihnen also durchaus sagen: "Da und da kommen wir nicht weiter, vielleicht kannst Du da was herausfinden". In Pressekonferenzen solltet Ihr sowas tunlichst unterlassen: Da wollen die KollegInnen nicht recherchieren, sondern möglichst gedrängt Infos um schnell ein paar Zeilen runterhauen zu können.



GESCHICHTE UND ÖFFENTLLICHKEITSWIRKSAME AKTIONEN DER BUNDESDEUTSCHEN BEHINDERTENBEWEGUNG

Referenten: Sille Boll und Peter Günter, Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen

1. Tagungsort Hess.-Lichtenau

Dieses Referat halten wir an einem Ort, der zufällig (?) für die akademische Behindertenwelt eine große historische Bedeutung hat. 3 km von hier entfernt auf einem Berg wurde vor ca. 40 Jahren ein sogenanntes Rehabilitationszentrum für Körperbehinderte gegründet. Es wurde später bundesweit die einzige Möglichkeit für Körperbehinderte das Abitur zu machen an einer öffentlichen Schule. 120 leicht- bis mittelschwerbehinderte SchülerInnen faßte diese Sondereinrichtung damals. Das heißt: 120 Schulen im Bundesgebiet blieb der behindertengerechte Umbau erspart.

Gegen den Widerstand der Inernatsschüler wurde 1974 ein weiterer riesiger Internatsbau errichtet. Die SchülerInnen vertraten dagegen ein Konzept, das Außenwohngruppen in der Stadt vorsah.

Offiziell sollte hier rehabilitiert werden. Wenn SchülerInnen allerdings vorhatten, das Internat schon vor dem Abitur zu verlassen und in eine eigene Wohnung zu ziehen, wurden sie massiv unter Druck gesetzt. Ein Heim ist ein Wirtschaftsunternehmen, das daran interessiert ist, die mtl. 3.000,-- DM Pflegesatz einzukassieren, ohne viele Personalkosten zu haben. Da wurde so schnell niemand selbständig gemacht und wegintegriert.

Unter den SchülerInnen gab es einen grossen Widerstand gegen den damaligen Internatsleiter, der daraufhin entlassen wurde. Einen dreitägigen Hungerstreik hat es damals auch gegeben. Heute ist aus dem Internat ein "goldener Käfig" geworden mit schönen Wohngruppen und "vielen" Freiheiten.

2. Die 50ger Jahre

Bedingt durch die Weltkriege, gibt es in den 50gern eine Reihe von Verbänden, die lobbyistisch für Krüppel arbeiten (Reichsbund, VdK, Kriegsblindenverband u.ä.).

Die Kriegsopfer und Hinterbliebenen haben gute Voraussetzungen materielle Leistungen der Versorgungsgesetze durchzusetzen. Sie haben schließlich etwas für's Vaterland geleistet. Allein Reichsbund und VdK haben über 2 Millionen Mitglieder, 1979 waren 91 Bundestagsabgeordnete VdK Mitglieder.

Über "Zivilkrüppel" hört man aus dieser Zeit wenig. Sie waren während der Naziherrschaft zu tausenden euthanasiert worden (T4). Forderungen nach Entschädigung für erlittenes Unrecht (Zwangssterilisation, Mißhandlungen, Tötung) tauchen damals nicht auf.

3. Die 60ger Jahre

Geburts-, krankheits- und unfallgeschädigte Menschen gelangen anfang der 60ger zu nennenswerten Organisationsformen. Lebenshilfe und Spastikerverein entstehen. Diese haben zum Inhalt, den behinderten Menschen in Sonderformen betreut (beschützt), an die "Normalität" anzupassen. Sonderschulen, Sonderkindergärten, WfB's und Wohnheime entstehen.

Mit aufkommender kritischer Vergangenheitsbetrachtung (68) machen sich etliche Krüppel von den Lebensumständen in den Sondereinrichtungen, deren Strukturen meist von den Eltern! dieser Menschen bestimmt sind frei. Die Clubs Behinderter und ihrer Freunde (CeBeeF's) entstehen.

Sie halten die Idee der Integration hoch. Im Clubleben soll mit Nichtbehinderten zusammen das gemeinsame Leben gelernt werden. Die partnerschaftliche Zielsetzung ist nur allzu begrenzt.

4. Volkshochschulkurs "Bewältigung der Umwelt"

Irgendwann Anfang der 70er Jahre fanden sich in Frankfurt der nichtbehindere Journalist Ernst Klee und der behinderte Gusti Steiner. Im Januar 1974 beginnen beide als Leiter des o.g. VHS-Kurses mit ihrer emanzipatorischen Behindertenarbeit. Der Kurs bestand ungefähr zur Hälfte aus Behinderten und zur anderen Hälfte aus Nichtbehinderten. Man wollte nicht mehr " dankbar, lieb, ein bißchen doof und leicht zu verwalten" sein, und stellte zunächst fest, wo einem tag-

täglich Behindertenfeindlichkeit begegnen. Die Aktionen, die von diesem Kurs ausgingen, waren immer konkret auf bestimmte Einrichtungen gerichtet.

- Alle Postämter der Stadt Frankfurt wurden auf ihre Zugänglichkeit hin getestet. Als Demonstrationsobjekt griff man sich eine Post heraus und besetzte mit einer grossen Gruppe für eine Zeit die

Post, mit der Forderung, alle Postämter umzubauen.

- Weiterhin wurden Selbstbedienungsläden, Telefonzellen, Bordsteine, Fußgängerüberwege usw. getestet und der Umbau gefordert.

- Die KursteilnehmerInnen starteten eine Klebeaktion mit dem Aufkleber "Prädikat behindertenfeindlich" in der ganzen Stadt.

- Im gleichen Jahr blockieren sie die Straßenbahn während des Berufsverkehrs, nachdem E.-Rollifahrer versucht hatten, von der Straßenbahn mitgenommen zu werden. (erfolglos)

- Auf dem Frankfurter Hauptbahnhof machte der VHS-Kurs eine Aktion, um die Unmöglichkeit des Zugfahrens zu demonstrieren. Da man zu der Zeit noch größtenteils im Gepäckwagen neben Fahrrädern, Kisten und Getier in Eiseskälte transportiert wurde, nannte man die Aktion: "Unser Vorschlag zum Wochenende: Fahr mal im Gepäckwagen!"

- Ende der 70er Jahre verliehen die KursteilnehmerInnen zwei Mal die "GOLDENE KRÜCKE". Dieser Preis sollte eine Auszeichnung für ganz besonders dreiste und unverschämte Behindertenfeindlichkeiten sein. Die eine "Goldene Krücke" erhielten die in Hamburg ansässigen "Alsterdorfer Anstalten". (Heim mit zum Teil folterartiger Unterbringung) Die andere "Goldene Krücke" bekam die Versicherungsgesellschaft HUK, die sich mit dem Werbespruch hervorgetan hatte: **"Verkrüppeltsein ist schlimmer als der Tod"**

5. Das "Urlaubsurteil"

Die diskriminierenden Lebensbedingungen von uns wurden von immer mehr Krüppel- und Initiativgruppen aktiv bearbeitet. Erste Formen von Gegenwehr wurden möglich.

Am 25.02.80 entschied das Frankfurter Landgericht: "... daß eine Gruppe von Schwerbehinderten bei empfindsamen Menschen eine Beeinträchtigung des Urlaaubsgenusses darstellen kann". Dieses Urteil führte am 8. Mai zur größten Demonstration, die körperlich und geistig Behinderte zusammen mit Nichtbehinderten jemals gemeinsam veranstalteten.

Dokumentiert in "Behinderte im Urlaub?", Ernst Klee, Fischer Information zur Zeit (4229), 1980

6. Das UNO Jahr der Behinderten

Am 24. Januar 1981 besetzen KrüppelInnen in Dortmund, wo die offizielle Eröffnungsfeier des UNO Jahres stattfinden soll, die Bühne. Unter dem Motto **KEINE REDEN -KEINE AUSSONDERUNG - KEINE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN**wird das offizielle Programm von der "Aktionsgruppe gegen das UNO Jahr" gekippt. Bundespräsident Karl Carstens muß seine Eröffnungsrede im Abseits halten. Carstens kriegt sein Teil später im Jahr noch ab. Als Schirmherr der "REHA" schlägt Franz Christoph ihn, weil wir auf die "Partnerschaft" des Staatsoberhauptes pfeifen. Christoph wird nicht strafrechtlich belangt - ein Beweis dafür, wie wenig ernst wir genommen werden?

Die Störer bei den Eröffnungsfeierlichkeiten kündigten zum Ende des UNO Jahres ein "Tribunal" an. Hier sollten die Menschenrechtsverletzungen an behinderten Menschen präzisiert und angeprangert werden. Es kam zu einem Zusammenschluß von Gruppen aus 15 Städten der BRD, die 8 Themen vorbereiteten:

- Heime
- Behördenwillkür
- Mobilität
- Werkstätten
- Frauen
- Pharmaindustrie

- Aus einem Rehabilitationszentrum
- Psychiatrie

Am 12./13. Dezember führten wir das Krüppeltribunal in Dortmund durch. Nicht alle Gruppen aus der Aktionsgruppe gegen das UNO Jahr waren dabei. Die Frage, ob Behinderte und Nichtbehinderte gleichberechtigt zusammenarbeiten können oder nicht, war der wesentliche Streitpunkt, über den keine Einigung erzielt werden konnte. Dieser Streit findet sich bis heute, in unterschiedlichen Ausformungen, innerhalb der "Bewegung" immer wieder.

7. Krüppelfrauen

Ich stehe -
ich bin eine Frau
Ich sitze im Rollstuhl -
ich bin ein Rollstuhlfahrer

Anläßlich des Krüppeltribunals 1981 fanden sich erstmals behinderte Frauen bundesweit zusammen, um diesen Punkt zu 'bearbeiten'. Die Punkte - Schönheitsideal, §218, Vergewaltigung und Gynäkologen - waren unsere ersten Auseinandersetzungspunkte. Unser Vortrag auf dem Tribunal wurde ein voller Erfolg. Im Anschluß daran gründeten wir in mehreren Städten Krüppelfrauengruppen und organisierten in Marburg 1982 das erste bundesweite Krüppelfrauentreffen. Aus diesem Treffen ergaben sich 2 Interessensrichtungen. Die einen wollten sich in Zukunft um Selbsterfahrungen kümmern, die anderen eher um politische, bzw. öffentliche Dinge.

In den zwei folgenden Jahren arbeitete eine bundesweite Gruppe an einem Buch über uns selbst. Es erschien 1985 unter dem Titel: **"Geschlecht behinderte - besonderes Merkmal Frau"**. Die Kapitel sind zu den Themen:

- Früher
- Sonnentop ohne Arme ist wie Minirock mit Schienen (Schönheitsideal)
- §218
- Vergewaltigung (§171)
- Sterilisation

- Behinderte Mütter
- Berufliche Erstausbildung behinderter Mädchen
- Haushalt statt REHA

Die Autorinnen des Krüppelfrauenbuches haben schon viele öffentliche Lesungen in Frauenzentren und Buchläden gemacht.

Die Marburger Krüppelfrauengruppe hat 1984 eine Fotoausstellung zum Thema "Krüppel-Sein paßt zu keiner Mode" gemacht, die immer noch bei uns ausgeliehen werden kann und auch immer noch aktuell ist. Außerdem ist in der Gruppe ebenfalls eine 1stündige Radiosendung entstanden.

8. Mobilität - Bahn und Bus - Fahrdienste

Bei diesem Thema handelt es sich um eines der ältesten Auseinandersetzungspunkte in der Bewegung. Der Gesetzgeber geht davon aus, daß Schwerbehinderte, auch RollstuhlfahrerInnen, im öffentlichen Nahverkehr kostenfrei befördert werden. Dem steht aber die Realität entgegen: RollstuhlfahrerInnen können öffentliche Verkehrsmittel nicht benutzen, weder Straßenbahnen, noch Busse, noch U-Bahnen, noch Züge sind für RollstuhlfahrerInnen geeignet. Die Stadtwerke erhalten ihr Geld für eine Leistung, die sie nicht vollbringen. Die Aussperrung dieses Personenkreises aus dem öffentlichen Verkehr bringt den öffentlichen Verkehrsbetrieben bares Geld.

Als Lösung für das Transportproblem begann man nicht damit, die Verkehrsmittel umzurüsten, sondern Sonderfahrdienste zu organisieren. Diese Sonderfahrten sind mengenmässig begrenzt und bewegen sich zwischen 12 und 16 Einzelfahrten pro Monat. Das bedeutet, 6 mal ausgehen im Monat und das Geld fürs teure Taxi ausgeben. In Berlin installierte man den sogenannten "Telebus" - nichts anderes als die Sonderfahrdienste. Die Fahrgäste werden zunächst zentral erfaßt mit persönlichen Daten etc. und anschließend wird festgehalten, wer wann wohin und wie lange unterwegs ist. Ein Schritt zur computergerechten und totalen Erfassung und Kontrolle von Behinderten.

<u>Aktionen</u> gab es in der Vergangenheit unzählige. Angefangen mit der Straßenbahnblockade in Frankfurt, mit Rathausbesetzungen in Hamburg,

mit Straßenblockaden, Klebeaktionen **"BUS UND BAHN FÜR ALLE"** bis hin zu einer bundesweiten Demonstration, die im vorigen Herbst, 1987, in Kassel stattfand.

9. Heute

Wir heißen jetzt "Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen in der AG SPAK". Die AG SPAK fungiert dabei als Träger unserer organisatorischen Bedürfnisse, Inhalte des Forums werden auf vier bis fünf Treffen jährlich von Krüppeln, die vor Ort politisch oder in Krüppelinitiativen arbeiten diskutiert und festgelegt.

Wir verstehen uns als radikale Minderheit. Wir wollen Selbstbestimmung, lehnen ab: Aktion Sorgenkind, Heime und Anstalten, Entmündigung, institutionelle Aussonderung. Wir sind gegen Expertentum von Nichtbehinderten über unser Leben. Wir setzen uns ein: für autonomes Leben, für Selbstvertretung von Behinderteninteressen, gegen Diskriminierung aller Art...

10. Sterbehilfe - Euthanasie - Genetik

1) Eugenische Indikation
2) Humangenetische Beratungsstellen
3) Sterbehilfe (Euthanasie)

Diese drei Punkte hängen miteinander zusammen, da in allen drei Bereichen der Versuch unternommen wird, Behinderung "rechtzeitig" zu verhindern oder Behinderte nachträglich aus der Welt zu schaffen. Der gemeinsame Grundgedanke ist die Geringerschätzung behinderten Lebens. Das Leben wird in lebenswert und lebensunwert unterteilt. Dieses bekannte Gedankengut hat heute seine Fortsetzung gefunden.

Zu 1. Die Krüppelinitiative Marburg (KrIM) hat auf dem Gesundheitstag 1981 in Hamburg zu diesem Thema referiert. Unsere Thesen sind:
- Wir sind nicht gegen Abtreibung an sich, sondern gegen das <u>Selbstverständliche</u> Abtreiben von Föten, die "defekt" sind und damit für unerwünscht erklärt werden.
- Die embryopathische Indikation ist behindertenfeindlich.
- Das Lebensrecht eines behinderten Kindes muß ebenso geschützt werden, wie das eines nichtbehinderten Kindes.

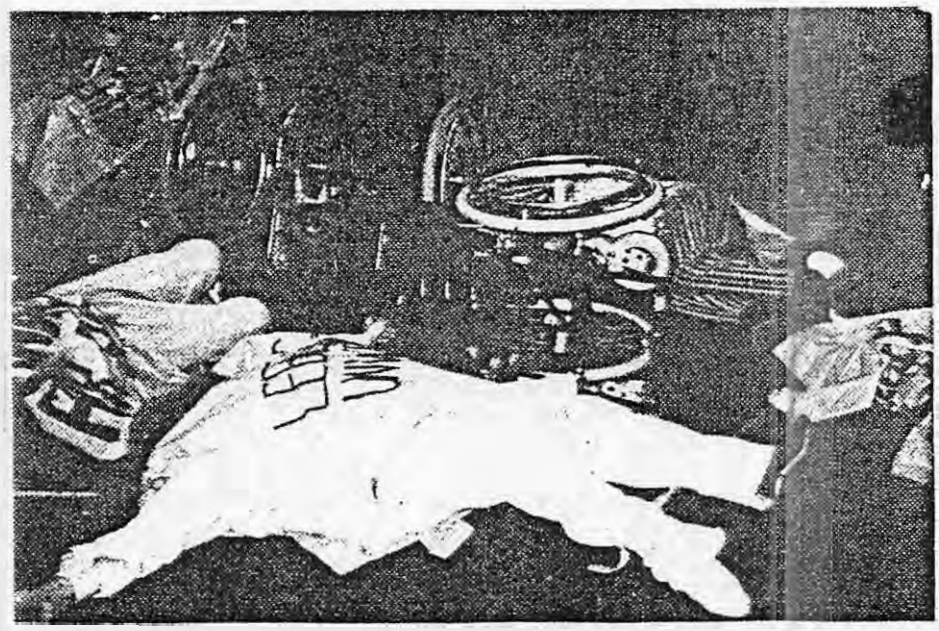
Literatur: Ewinkel/Hermes, Geschlecht behindert, besonderes ...
Wunder/Sierck, Sie nennen es Fürsorge ...

Zu 2. Zu diesem Thema gibt es unsererseits noch keine Aktionen, dafür aber schriftliche Einschätzungen. Humangenetische Beratungsstellen schießen seit 1972 wie Pilze aus dem Boden. Sie werden finanziert, da es Kosten-Nutzen-Rechnungen gibt, die ausrechnen, wieviel der Staat spart, wenn die Geburt Behinderter verhindert wird.

- Die Beratungsstellen bieten die Möglichkeit zur erbbiologischen Erfassung der Gesamtbevölkerung.
- Die neuen Früherkennungsmöglichkeiten und die Genomanalyse stellen die Daseinsberechtigung von Andersartigkeit und Unvollkommenheit total in Frage.
- Die Gentechnologie wird in absehbarer Zeit "brauchbare" von "unbrauchbaren" Genen trennen können und das Züchten von leistungsstarken, gesunden, an die Umwelt angepaßten Elite-Menschen ermöglichen.

Literatur: Sierck/Radtke, Die Wohltätermafia ...

Zu 3. Zum Thema Sterbehilfe brachten die Referenten eine Presseerklärung, die auf der nächsten Seite abgedruckt ist, direkt aus Karlsruhe mit, wo am Vortag eine Protestaktion gegen Hans Henning Atrott und die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) während der Eröffnungsveranstaltung der REHAB 1988 durchgeführt wurde. Die Presseerklärung wurde am 23.03.88 vom Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen herausgegeben.



Presseerklärung

KrüppelInnen gegen Hans Henning Atrott und seine Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS)

KEINE ABSCHAFFUNG DES LEIDES DURCH TÖTUNG DER LEIDENDEN!

"Man kann sich darum fragen, ob es den Todkranken, die Marterungen und Torturen eines Sterbeprozesses auf sich nehmen, nicht an der Freiheit der Vernunft mangelt," so drückte Hans Henning Atrott, der Präsident der DGHS, seinen Umgang mit uns KrüppelInnen aus.

Gesagt getan. Im Dezember 1987 starb "Daniela" mit Hilfe der DGHS. Publizistisch bis in die letzte Wohnstube lanciert, konnte an der Einnahme des Giftbechers jede/r teilhaben. Die Aufbereitung des Sterbens dieser Frau und vieler anderer vorher, zu rein geschäftlicher Präsentation erfüllt uns KrüppelInnen mit Ekel und Wut.

Mit ausgeklügelter Versicherungsmentalität bieten Atrott und seine Kumpane für den Fall der Fälle die cleane Lösung des 20. Jahrhunderts. Wenn dein Leben sinnlos ist , wir haben die Medizin: Ein Becher Gift und alles ist überstanden.

Nun bleibt es jedem Menschen unbenommen, in unserer "solidarischen Gesellschaft" seinem Leben dann ein Ende zu setzen, wenn er es für richtig hält. Es ist allerdings normalerweise nicht üblich, dem Lebensmüden ins Jenseits zu verhelfen. Im Gegenteil, die Rettung Nichtbehinderter vor dem Freitod ist eine Bürgerpflicht!

Genau das soll aber für chronisch kranke, behinderte und alte Menschen nicht mehr gelten. Wenn es nach den Vorstellungen der DGHS ginge, soll uns der "Mitleidstod" bereitet, der § 216 Strafgesetzbuch (Verbot der Tötung auf Verlangen) gestrichen werden. Um diese Streichung zu erreichen, benutzen sie in schamloser Weise Menschen, die in verzweifelter Lage leben. Schritt für Schritt soll der aktiven Sterbehilfe der Weg geebnet werden. Erst sandte Hackethal einer Krebskranken Zyankali, dann wurde der Giftbecher mit Strohhalm gereicht, nun ist Atrott beim Todeskampf anwesend, am Ende soll die Pflicht des Arztes zum Erlösungstod stehen, ohne Rechtsänderung verändert sich die Wirklichkeit schleichend.

Wir Ausgesonderten bekämen als endgültige Liebesgabe den Gnadentod durch ärztliche Hand bereitet. Zu Zeiten, wo in diesem Land immer unverblümter die Lebensqualität der "Sozialiästigen" auf's Tollste beschnitten wird, findet die geneigte Öffentlichkeit Geschmack an den uralten Euthanasiegedanken. Uns graust davor! Mit der Legalisierung der Tötung auf Verlangen, für (nicht äußerungsfähige) Leidende, wäre die Pflicht zum Sterben für diese Menschen wieder eingeführt.

Und die Veranstalter des REHAB Kongresses? Anstatt das Gerede von der "Rentenlast" und der Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu entlarven; anstatt der Aussonderung im Abseits der Gettos, Anstalten und Elendsquartiere entgegen zu treten, bieten sie dem Verfechter einer ökonomisch optimalen Endlösung (Zyankali ist um das Vielfache kostengünstiger als Rehabilitation) das Forum, sein verheerendes Gedankengut weiterhin salonfähig zu machen.

V.i.S.d.P.G.: Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen

Bücher

Lister, Barbara (Hrsg.) Briefe an die heile Welt, Eichhorn-Verlag
Aly/Tummler: Kopfkorrektur, Berlin 81
Knop, Jürgen: Sie werden uns doch bemerken müssen, Hannover SOAK 81
Hobrecht, Jürgen: Du kannst mir nicht in die Augen sehen, rororo
Christoph, Franz: Krüppelschläge, rororo 1981
Sierck/Radtke: Die Wohltätermafia, Hamburg 1984, Selbstverlag: Udo Sierck, Oelkerallee HH 50
Klee, Ernst: Behindert, Ffm, 1980 (Fischer)
Klee, Ernst: Behinderte im Urlaub? Das Frankfurter Urteil, Ffm 1980 (Fischer)
Storz, Claudia: Jessica mit Konstruktionsfehlern, Ffm 79 (Fischer)
Schott Eberhard und Ortrun: Verspottet, München 83 (dtv)
Häusler, Ingrid: Kein Kind zum Vorzeigen, rororo aktuell 79
Eggli, Ursula: Herz im Korsett, Zytglogge-Verlag
Schlett Christa: Krüppel sein dagegen sehr, Ffm 84
Green, Hanna: Dieses Zeichen, rororo
Ewinkel/Hermes(Hrsg.) Geschlecht behindert, besonderes Merkmal Frau, 1985, AG-SPAK-Verlag
Köbsell, Swantje: Eingriffe - Zwangssterilisation geistig behinderter Frauen, 1987, AG-SPAK-Verlag
v. Daniels, u.a. (Hrsg.) Krüppeltribunal- Menschenrechtsverletzungen im Sozialstaat Köln 1983 (Pahl Rugenst.)

Zeitschriften

Früher gab es die Zeitschriften: Ghettokracher, Krückstock, Luftpumpe und die Krüppelzeitung. Aus den beiden letztgenannten ist die **RANDSCHAU** geworden. Sie ist zu bestellen bei Gerda Jansen, Pohlmannstr. 13, 5000 Köln 60 Tel. 02 21/ 7 12 13 00

Filme

"Lieber Arm dran als Arm ab"
"Affenliebe"
"Der Zappler"
} von Wolfram Deutschmann

"Behinderte Liebe" von Ursula Eggli
"Verspottet" von Ernst Klee

WEITERE ZUSAMMENARBEIT DER INTERESSENVERTRUNGEN

Gegen Ende des Erfahrungsaustausches stellte sich die Frage, wie die weitere Zusammenarbeit der Interessenvertretungen über den 2. Bundes-Aktionstag behinderter Studierender hinaus konkret aussehen und fortgesetzt werden kann.

Alle Anwesenden stimmten darin überein, daß 2 Tage viel zu kurz für die Bearbeitung der verschiedenen Fragestellungen waren, so daß einige Themen nur grob angerissen werden konnten. Im Laufe der Tagung kristallisierten sich folgende Fragen als diskussionsbedürftig heraus:

- Wie kann die Zusammenarbeit mit den Beauftragten für Behindertenfragen verbessert und dazu beigetragen werden, daß diese mehr Einflußmöglichkeiten und bessere Arbeitsbedingungen bekommen?

- Wie können wir behinderten Studierenden am effektivsten auf die Zuständigen einwirken, daß die diskriminierende bauliche Situation an den Unis endlich entscheidend verbessert wird?

- Wie kann die bundesweite Pressearbeit verbessert werden?

- Wie gehen die einzelnen Interessenvertretungen mit internen Schwierigkeiten um?

Obwohl die Mehrzahl der TeilnehmerInnen den Informationsaustausch und die gefaßten Beschlüsse als sehr fruchtbar empfanden, wurde die Frage aufgeworfen, ob es für die einzelnen Interessenvertretungen leistbar ist, weitere überregionale Zusammenkünfte zu organisieren und daran regelmässig teilzunehmen, da diese in ihrer Arbeit vor Ort in der Regel ohnehin schon überlastet sind.

Nachdem einige TeilnehmerInnen jedoch ein großes Interesse an weiteren Erfahrungsaustauschen zwischen den Interessenvertretungen - vorausgesetzt, daß dabei konkrete Vorgehensweisen und Protestaktionen entwickelt werden - signalisiert hatten, wurde einstimmig beschlossen, daß im Herbst d.J. ein weiterer Erfahrungsaustausch für MitarbeiterInnen von Interessenvertretungen behinderter Studierender durchgeführt werden soll. Dabei soll die Frage wie auf die Westdeutsche Rektorenkonferenz eingewirkt werden kann, daß diese Beschlüsse faßt, die dazu beitragen, daß die Situation behinderter Studierender erheblich verbessert wird, ausführlich erörtert werden.

Der Vertreter aus Tübingen erklärte sich bereit, die Organisation dieses Treffens zu übernehmen, wenn die finanziellen Mittel hierfür beschafft werden können.

T A G U N G S K R I T I K

Nachdem die Frage der weiteren Zusammenarbeit geklärt war, stimmten alle TeilnehmerInnen damit überein zum Abschluß der Tagung, eine Tagungskritik vorzunehmen.

Dabei wurde die Tatsache, daß nur 2 Tage zur Bearbeitung des ausführlichen Programms zur Verfügung standen - mehr war finanziell leider nicht drin - nochmals bemängelt. Bis auf die Tatsache, daß die Kneipe im Keller des Tagungshauses nur über eine Stufe erreichbar ist, waren die TeilnehmerInnen mit den äußeren Bedingungen des Tagungshauses sehr zufrieden. Um dies zu erreichen, mußten wir auch nach Hessisch Liechtenau ausweichen, da in Kassel kein behindertengerechtes Tagungshaus zu einem akzeptablen Preis zu bekommen war.

Abschließend bedankten sich die TeilnehmerInnen bei der Kasseler Interessengemeinschaft für die Organisation und Durchführung dieses Erfahrungsaustausches.

A B e R
Autonomes Behindertenreferat
im AStA der Gesamthochschule
Nora-Platiel-Str. 2, 34109 Kassel
Telefon 0561 / 804 - 2887
Telefax: 0561 / 842 47